

Uns ist eine Entscheidung zur Ablehnung eines Haushaltes selten so leichtgefallen, wie in diesem Jahr. Trotz augenscheinlich positiver Zahlen im Ergebnis und einiger überfälligen Regelungen, die wir unter anderem heute noch mit der Sportförderungs- Richtlinie auf den Weg bringen werden.

Dieses Jahr hat in Sachen Haushalt einiges an Neuerungen gebracht. So ist durch den Beitritt zur Hessenkasse endlich die Zeit der ausufernden Kassenkredite am Ende. Und was haben wir als FDP Fraktion uns jedes Jahr in den Haushaltsberatungen anhören müssen, wenn wir nur die Begrenzung der Kassenkredite gefordert haben. Nun ist das Geschichte, die Kassenkredite wurden vom Land Hessen getilgt. Dafür müssen wir uns allerdings auch an strenge Regeln halten: Eine Zahlung von einer halben Million pro Haushaltsjahr an die Hessenkasse für die nächsten 25 Jahre, klare Grenzen und Regeln für notwendige Kassenkredite und die Verpflichtung zu einem positiven Haushaltsergebnis. Das wird nicht einfach, zumal wir mit dem Innenstadtumbau zusätzlich eine große Belastung haben werden. Deswegen ist es mit dem Üblichen „weiter so“ im Haushalt für uns nicht getan.

Und auch wenn immer wieder gerne im Zusammenhang mit der Hessenkasse angeführt wird, dass das Land hier ja nur gut macht, was es in den vergangenen Jahren versäumt hat, den Kommunen an Finanzmitteln zur Verfügung zu stellen, dazu können wir nur feststellen: Es gibt zahlreiche Kommunen die mit der gleichen finanziellen Ausstattung ohne Kassenkredite ausgekommen sind. Weil man dort das Geld zusammengehalten hat, sich um anderweitige Fördermittel bemüht und die richtige Prioritäten gesetzt hat. Dieser Dreiklang der soliden Haushaltsführung funktioniert in Bruchköbel in unseren Augen weiterhin nicht und so haben wir Bedenken, ob hier tatsächlich der Wille da ist, die Verpflichtungen, die wir mit der Hessenkasse eingegangen sind, über die Zeit tatsächlich einhalten zu können.

Schauen wir uns am aktuellen Haushalt die Thematik „Geld zusammenhalten“ einmal für Bruchköbel an: Die Gebührensatzungen

in verschiedenen Bereichen sind seit Jahren immer wieder Thema, nur es passiert einfach nichts. Die Gebührensatzung für die Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen ist schon so lange in der Beratung, dass die Unterlagen bei einer Wiederbefassung erstmal aktualisiert werden müssen. Und an das Hin und Her mit den Friedhofsgebühren können wir uns sicher auch alle gut erinnern. Die Feuerwehrgebührensatzung weist noch Beträge in DM auf. Nur bei den Kita-Gebühren, da zeigt man große Aktivitäten. Hier wird zu wiederholen Mal ein externes Unternehmen zur Berechnung beauftragt, die wirtschaftliche Gebühren errechnen, auch wenn diese fern von einer realistischen Umsetzung in der Praxis sind. Begründung der Koalition: Wir haben die regelmäßige Überprüfung der Gebühren beschlossen - da fragen wir uns natürlich: Warum pickt man sich nur die Kita-Gebühren heraus? Von der Überprüfung anderer Gebührensatzungen hört man nichts. Vermutlich hat es also doch etwas damit zu tun, dass wir nun die Plätze für die 3-6 jährigen gebührenfrei anbieten müssen? Genau das hatten wir befürchtet, eine Belastung der U3 und Hort-Eltern, um diese Gebührenfreiheit aufzufangen.

Es ist ja schön, wenn sich CDU und Grüne feiern für diese Initiative der Landesregierung, ich persönlich denke auch, das es in die richtige Richtung geht, aber in einer Kommune wie Bruchköbel kann der Schuss hier schnell nach hinten losgehen, wie man sieht. Der Gebührevorschlag des Bürgermeisters war nicht akzeptabel und mir ist es heute noch schleierhaft, wie man so eine Gebührenordnung mit mehr als einer Verdoppelung der Gebühren überhaupt in den Geschäftsgang geben kann.

Der Vorschlag der Koalition, der dann etwas kurzfristig in die schon länger andauernden Beratungen eingebracht wurde, mutet nun dabei wie ein am grünen Tisch ausgewürfelter Schnellschuss an. 10 Prozent mehr für U3 und 14 Prozent für Hort - wie man auf diese Zahlen kommt, konnte uns leider niemand beantworten. Die von der SPD gefeierte soziale Gebührenkomponente ist vielleicht nett gemeint, rein praktisch wird es nicht viele Eltern betreffen. Es ist ein kleines Trostpflaster für die SPD, die sich in unseren Augen hier viel zu billig verkaufen. Schaut man sich Gebührensatzungen anderer Kommunen

mit sozialer Staffelung an, dann merkt man schnell, dass dieses Bruchköbeler Modell ohne Hand und Fuß ist. Und dann steht ja diese Woche im Bund auch das Gute-Kita-Gesetz zur Abstimmung, so dass sich diese Regelung vermutlich nur einen sehr kurzen Zeitraum Relevanz haben wird. Aber man kann sich ja alles irgendwie schönreden.

Besonders interessant ist dabei, dass man gerade im Bereich Kita nun auch die Verwaltung erweitern will. Eine Stelle TVH 18 wird gewünscht und findet ja offenbar auch eine Mehrheit. Wir halten es für ein fatales Signal, auf der einen Seite die Eltern mehr zu belasten und auf der anderen Seite die Kosten, die Grundlage der Berechnung für diese Gebühren sind, weiter zu erhöhen. Dies mit einer Stelle, die den Kindern in den Kitas nicht unmittelbar zu Gute kommt, denn der Betreuungsschlüssel steigt ja nicht in den Kitas, sondern nur im Rathaus.

Unser Vorschlag, die Kita-Gebühren um die Inflationsrate anzupassen wäre eine nachvollziehbare und berechenbare Größe gewesen. Diese Regelung hätte wir gerne auf alle Gebührensatzungen mit negativem Gebührenhaushalt angewendet. Teure Berechnungen von Wirtschaftsprüfern wären damit nicht mehr notwendig und große Veränderungen bei den Gebühren wären damit Geschichte, für die Bürger eine berechenbare Größe. Leider fand dieser Vorschlag ebenso keine Mehrheit, wie unser Antrag auf Streichung der zusätzlichen, hoch dotierten Stelle im Bereich der Kita-Verwaltung.

Die Personalkosten sind ja auch immer wieder ein Thema, wie man in Kommunen das Geld zusammenhalten kann. In Bruchköbel wir hier gerne mal großzügig eingestellt, auf Antrag der Grünen gibt es jetzt noch einen Hauptamtlichen Umweltbeauftragten, sicher ein wichtiges Thema. Wir sind jedoch der Auffassung, dass zusätzliche Aufgaben zunächst durch Umstrukturierungen genauso gut abgedeckt werden, da irgendwo auch immer wieder mal Aufgaben wegfallen oder sich durch die Digitalisierung verändern.

Wirklich erschreckend waren dann bei diesem Punkt auch die Fakten, die im Rahmen des Akteneinsichtsausschusses ans Tageslicht kam. Dass Rechnungen ungeprüft auf Plausibilität mit der Vertragsgrundlage überwiesen werden und der Bürgermeister bestellt einfach mal was auf eigene Kappe nach. So ist der Stadt mittlerweile ein Schaden von über 600 000 Euro entstanden – wie gut hätte man das anderswo einsetzen können und nun will man nicht mal dafür kämpfen, alles zurückzubekommen, obwohl die Ausgangslage doch ausgesprochen gut ist.

Ein weiteres Beispiel zum Thema „Geld zusammenhalten“ - wie man es nicht macht - waren in diesem Jahr die Nicht-Bewässerung der Sportplätze. Der heiße Sommer war sicher für alle Kommunen eine Herausforderung und Wassersparen war natürlich angezeigt, ohne Frage. Aber ganz die Pflege der Sportplätze einstellen, das war wohl nicht so clever. Außer uns hat das offenbar auch niemand im Umkreis gemacht, nirgendwo findet man durch die Trockenheit so schwer geschädigte Plätze. Die Rasenplätze in Roßdorf und Issigheim sind so nachhaltig geschädigt, dass nun ein grundhafter Aufbau notwendig sein wird. Und der kostet jetzt richtig Geld.

Deswegen ist unsere Idee gewesen, die Investitionskosten für den geplanten Kunstrasenplatz in Issigheim für zwei Hybridplätze zu verwenden. Nach Information der Vereine wäre dies für den eingestellten Betrag durchaus möglich und würde so zwei dauerhaft bespielbare und robuste Trainingsmöglichkeiten statt nur einer schaffen. Aber auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Jetzt werden die Plätze für teures Geld neu aufgebaut - bleibt zu hoffen, dass man nun mehr Zeit für die Pflege investiert.

Ein wichtiger Teil städtischer Finanzplanung ist in unseren Augen auch sich so viel wie möglich um Fördermittel zu bemühen. So wurde uns Anfang des Jahres noch mit dem SWIM-Programm des Landes für marode Schwimmbäder Hoffnung auf Fördergelder gemacht, mussten wir beim Lesen der Presse verwundert feststellen, dass Bruchköbel mal wieder nicht berücksichtigt wurde. Andere Bäder im Kreis wurden sehr wohl vorgeschlagen, viele davon weniger marode

wie unser Hallenbad. Und warum? Eine Nachfrage ergab: Man hat einfach keinen Antrag gestellt - angeblich nicht erfolgsversprechend.... na dann.

Auch in Sachen Jugendarbeit haben wir bei unserem sehr interessanten und informativen Besuch mit der AG Jugend in Erlensee gehört, dass hier gerade im Bereich der Jugendarbeit alle möglichen Fördermittel beantragt werden und so das Budget bei dem großen Leistungsspektrum trotzdem erstaunlich niedrig gehalten werden kann. In Bruchköbel müssen wir erstmal darauf kämpfen, das Budget für die Jugendarbeit auf Vorjahresniveau zu halten.

Es gibt zahlreiche Beispiele, wenn man den Hanauer Anzeiger aufmerksam liest, sieht man immer wieder Meldungen wie Vertreter der Landesregierung in umliegenden Kommunen unterschiedliche Fördermittel übergeben wie z.B. kürzlich für den Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen. Bruchköbel bekommt nur Besuch von der Landesregierung, wenn rein zufällig der 50. 000 Digital-Pager an die Feuerwehr übergeben wird.

Überhaupt die Feuerwehr: Wo bleibt die Vorlage zur Verabschiedung des Bedarfs- und Entwicklungsplans? Seit mehr als einem Jahr hören wir, dass der Plan fertig ist, kürzlich im November wurde er uns endlich vorgestellt. Und wir waren uns doch nach der Vorstellung dieses sehr umfangreichen und gut ausgearbeiteten Plans einig, dass dieser ohne politische Diskussionen dringend verabschiedet werden sollte. Denn kein Bedarfs- und Entwicklungsplan heißt eben auch, dass wir keine Fördermittel bekommen. Da sind die Regelungen im Kreis sehr strikt. Wie soll also nächstes Jahr ein Gerätehaus in Butterstadt gebaut werden, ohne Fördermittel vom Land?

Insgesamt lässt sich auch bei diesem Haushalt feststellen, dass einfach nicht die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Eltern mehr belastet statt entlastet - für eine familienfreundliche Kommune sicher keine gute Werbung. Die Verwaltung wird erweitert statt verschlankt, die Digitalisierung spielt hier keine wirkliche Rolle - trotz aller Lippenbekenntnisse der Koalition. Beratung diesbezüglich hat man

auch nicht notwendig, wie wir in den Sitzungen gehört haben, ist ja alles super. Städtisches Eigentum wird nicht gepflegt, weil die Rahmenbedingungen mal schwierig sind - Folgekosten - egal!

Würden der Bürgermeister und seine Koalition den Dreiklang der Haushaltsführung aus Geld zusammenhalten, Fördermöglichkeiten wahrnehmen und richtige Prioritäten setzen berücksichtigen, dann müsste die Koalition heute und in 2 Jahren nicht schon wieder die Bürgerinnen und Bürger mit einer Grundsteuererhöhung belasten. Die vom Bürgermeister in diesem Zusammenhang angeführten Maßnahmen, die den Bürgern auch in den Stadtteilen zu Gute kommen, das sind Maßnahmen eines ganz regulären Verwaltungshandelns, das rechtfertigt sicher keine Grundsteuererhöhung.

Bruchköbel hat durch die Struktur bei der Einkommensteuer eigentlich die besten Voraussetzungen für einen soliden Haushalt, aber leider hakt es eben bei allen drei Punkten einer soliden Haushaltsführung gewaltig. Die Bruchköbeler Eltern belastet die Koalition dabei diesmal doppelt mit der Grundsteuererhöhung und der Erhöhung der Kitagebühren, da macht die von der SPD hier vermeintlich erkämpfte soziale Regelung bei den Gebühren keinen großen Unterschied. Insgesamt ist ohnehin wenig SPD in diesem Haushalt zu finden und mit den Versprechungen, dass jetzt aber was im sozialen Wohnungsbau passiert, muss mir auch niemand mehr ernsthaft kommen. Die CDU fährt mit dem Bürgermeister auch oft einen Zick-Zack-Kurs - klassisches Beispiel die Diskussion zum öffentlichen WLAN - aber da lässt der interne Kampf wegen der Kandidaturen für Bürgermeisterwahl im nächsten Jahr wohl grüßen. Auch parlamentarische Regeln werden von der Koalition gerne mal ignoriert, wenn eine öffentliche Diskussion unbequem werden könnte. Eine funktionierende politische Basis für einen städtischen Haushalt sieht anders aus.

Mit diesen Grundvoraussetzungen kann man deswegen auch keinen Haushalt aufstellen, dem die FDP Fraktion unsere Zustimmung erteilen können. Es ist ein „weiter so“ mit dem immer gleichen Reflex

an der Steuerschraube zu drehen, was letztes Jahr im Übrigen auch noch von der Koalition in ihren Reden vollmundig abgelehnt wurde. Mit uns ist dies weiter nicht zu machen, das hatten wir im letzten Jahr schon angekündigt und dabei bleiben wir auch.

Es gilt das gesprochene Wort.